

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 24. Beiratssitzung am 28.09.2021
Videokonferenz
Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:20 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder

M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, M. Pacaci

M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, D. Janke, J. Klepatz –

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt –

P. Heereman --

R. Tegtmeier –

H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll Herr Backhaus vom Ortsamt Blumenthal

Gäste:

Daniel de Olano, Senatorin für Kinder und Bildung

Udo Stössel, Senatorin für Kinder und Bildung

Elke Wolf, Senatorin für Kinder und Bildung

Claudia Neumann, Senatorin für Kinder und Bildung

Jan Frers, Immobilien Bremen

Marcus Wächter, Kooperationsstelle Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. mit der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e. V.

Lisann Focke, Gesundheitsfachkraft in Marßel

Klaus Koch, Bauamt Bremen-Nord

*

Herr Boehlke eröffnet die 24. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen. Das Gremium des Beirates Burglesum tagt als Videokonferenz.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Orsamt am 17.09.2021 verschickt. Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle vom 07.07.2021 und 20.07.2021

Die Protokolle wurden mit der Einladung verschickt. Redaktionelle Änderungen von Herrn Klepatz wurden aufgenommen. Weitere Ergänzungen liegen nicht vor. Die Protokolle werden einzeln abgestimmt.

Beschluss:

Die Protokolle vom 07.07.2021 und 20.07.2021 werden einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Keine Wortmeldungen

TOP 3: Schulbauprojekt „Campus Lesum“ (Befassung nach § 11 BeirOG)

Herr Boehlke begrüßt die Vertreter:innen der Senatorin für Kinder und Bildung.

Herr Boehlke erläutert, dass das Thema letztmalig auf der Beiratssitzung am 08.06.2021 thematisiert worden ist. Dabei wurden verschiedene Varianten vorgestellt. Der Wunsch des Beirates entspricht nicht der Vorzugsvariante der senatorischen Behörde.

Herr Boehlke stellt klar, dass es darum geht, dass der Dissens zwischen den Beiratsmitgliedern und der senatorischen Behörde ausgeräumt werden soll. Herr Boehlke erklärt das weitere Vorgehen, sofern eine gemeinsame Einigung nicht möglich ist.

Herr Stoessel geht davon aus, dass der Dissens heute nicht aufgelöst werden kann.

Er stellt die Ausgangslage für die Schulstandortplanung dar, die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Er stellt klar, dass das Verkehrsgutachten frühestens ab November 2021 vorgestellt werden kann. Zusätzlich soll ein Wettbewerb für die zwei Standorte mit städtebaulicher Konzeption und Grundrisslösungen umgesetzt werden. Derzeit gibt es bereits terminliche Verzögerung von ca. 6 Monaten.

Herr Heereman weist darauf hin, dass die größte Unstimmigkeit nicht die Verkehrslage ist, sondern, dass der Beirat sich am Gesamtkonzept der Vorzugsvariante der Behörde stört. Er verweist auf die Grundschule am Mönchshof, diese steht seit 140 Jahren an ihrem Standort, daher geht er davon aus, dass die Entscheidung nicht nur für 30 Jahre gilt, sondern den Stadtteil dauerhaft prägen wird. Unter anderem bemängelt Herr Heereman, dass die Freiflächen für Kinder und Jugendliche zu gering sind, da die berechneten Flächen der Behörde lediglich Mindestflächen sind.

Herr Hornhues bemängelt den Berechnungsfaktor für PKW-Stellplätze an der Schule, da das Personal an den Schulen weiter steigt, die Stellplätze aber nicht angepasst werden. Er bittet um Auskunft, wo die Schule nächstes Jahr ohne Mobilbauten die Schüler unterbringen soll.

Frau Appel kritisiert die Faktorisierung des Platzbedarfes für Kinder, für Bewegung der Kinder fehlt ihrer Meinung nach Platz. Sie regt an, beim Verkehrsgutachten die Lehrkräfte zu

beteiligen und für Schulbusse ausreichend Wendemöglichkeiten einzuplanen.

Herr Stoessel erklärt, dass die Schulhoffläche ein Mindestmaß von 5 m² pro Kind vorsieht. Generell plant die senatorische Behörde mit mehr Platz. Den Schlüssel für die Parkplätze sind der Bauordnung entnommen worden. Die Kritik von Herrn Hornhues wird durch das Verkehrsgutachten abgedeckt. Er stellt klar, dass zum nächsten Schuljahr der Neubau noch nicht stehen muss. Den Wunsch, dass die Lehrkräfte und weiteren Mitarbeiter beteiligt werden, gibt Herr Stoessel weiter und dieses soll im Verkehrsgutachten beachtet werden.

Herr Stoessel ergänzt, dass an der Paul-Goldschmid-Schule keine baulichen Erweiterungen möglich sind. Die Grundschul Kinder sollen aber weiterhin ab der fünften Klasse die Paul-Goldschmid-Schule besuchen.

Herr Hornhues bittet um Aufklärung, ob die Kinder bis zur Fertigstellung der Schule in den umliegenden Schulen untergebracht werden müssen.

Frau Neumann erklärt, dass der Bedarf für nächstes Jahr keinen Engpass erzeugt. Wenn die Bedarfe und Zahlen so bleiben, werden sogar Plätze freibleiben und nicht über die Kapazität hinaus geplant werden muss. Sie verweist auf die derzeitigen EMA-Zahlen.

Herr Boehlke verweist auf die Änderung des Stellplatzortsgesetz, demnach müssen an Oberschulen für 2 Schüler:innen je ein Fahrradstellplatz angeboten werden.

Herr Klepatz äußert sein Unverständnis zur Planung der senatorischen Behörde.

Frau Wolter findet den Platzbedarf mit 5 m² knapp bemessen. Sie stimmt Herrn Heereman zu, dass die Schule über Jahre hinweg prägend sein wird.

Herr Herreman stellt klar, dass die Bedarfe an den Grundschulen undiskutierbar sind. Die Aussage von Frau Neumann kritisiert er, der Beirat wurde in den letzten Jahren mit den tatsächlichen Bedarfen konfrontiert. Es wurden mehrere Vorschläge für den Campus gemacht, davon gab es eine Variante die der Beirat mittragen würde, dieser ist der senatorischen Behörde aber zu teuer.

Herr Reimers (Bürger) kritisiert die fehlenden Außensportanlagen an der Oberschule Lesum. Er erklärt, dass die im Stadtteil vorhandenen Plätze für die Schule nicht erreichbar sind. Er bittet darum, dass entsprechende Außensportanlagen bei der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Frau Neumann stellt klar, dass die Zahlen für nächstes Jahr so sind, dass die Anwahlzahlen dem Platzangebot der Schulen entsprechen.

Herr Heereman bittet um Übermittlung der Zahlen, er bezweifelt deren Richtigkeit auf Grund der Diskussionen der letzten Jahre.

Herr Stoessel stellt klar, dass die Außensportanlagen bei den Planungen berücksichtigt werden sollen, dabei muss aber abgewogen werden, was von der Schule tatsächlich genutzt wird.

Auf den Hinweis von Herrn Heereman, dass die Schule in einem „abgerockten“ Gebäude

zwischenlagert wird, erläutert er, dass diese temporär in Mobilbauten untergebracht werden.

Herr de Olano ergänzt, dass alle drei Grundschulvarianten (Variante 2,3 und 4) dem Zweck der guten Schule erfüllen. Für die, vom Beirat, abgelehnte Vorzugsvariante spricht unter anderem die Kostenfrage, die Durchführbarkeitsdauer, Bauzeit Einsparung von einem Jahr, und die Nutzbarkeit der vorhandenen Gebäude.

Frau Wolf bittet um einen freundlicheren Umgangston, sie stellt klar, dass alle das gleiche Ziel verfolgen.

Herr Rühl wirft der senatorischen Behörde vor falsche Fakten zu nennen.

Herr Hornhues weist daraufhin, dass der Beirat sich anstandsgemäß verhält und die senatorische Behörde gesetzlich verpflichtet ist eine Vertretung zu schicken. Er bittet um Abstimmung zum Tagesordnungspunkt.

Herr Boehlke verliert den Beschlussentwurf.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und hält an seiner Beschlusslage vom 08.06.2021 fest. Er spricht sich weiterhin für die Errichtung einer Grundschule sowie eine Dependence der Paul-Goldschmidt-Schule am Schulstandort Heisterbusch sowie eine Zentralisierung der Oberschule Lesum am Schulstandort Steinkamp als die geeignetste Variante aus.

Der Beirat wird verbindliche Anregungen zum geplanten Verkehrsgutachten schriftlich nachreichen. Eine neue Bewertung der Sachlage erfolgt nach Vorlage des Verkehrsgutachtens.

Der Beirat erwartet ferner detaillierte Pläne für die erforderlichen Außenflächen (Verortung von Spielflächen, Außensportflächen, Zufahrten etc.).“

TOP 4: Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren / hier: Bericht über den Standort Marßel

Herr Boehlke begrüßt Herrn Wächter-Raquet und Frau Focke.

Herr Wächter-Raquet informiert kurz über das Projekt. Das Ziel ist es, dass aktuell zu Corona sensibilisiert wird, das passiert hauptsächlich in den WiN-Gebieten. Die Gesundheitsfachkräfte sind unter anderem vor den mobilen Impfteams in den Stadtteilen aktiv unterwegs.

Als aktuelles Thema ist das Impfen bei Kindern und Jugendlichen sehr präsent.

Frau Focke gibt eine Übersicht über Ihre Tätigkeiten. Für die Zukunft plant Sie unter anderem den Fokus etwas mehr auf Gesundheit und Ernährung zu legen.

Herr Wächter-Raquet erläutert, dass es darum geht, dass der Beirat das Projekt politisch unterstützt, damit eine Fortführung des Projektes möglich wird.

Herr Heereman bittet um eine spezifische Einschätzung der Zahlen der Aufklärungsgespräche und erreichten Menschen.

Herr Müller ergänzt, dass die SG Marßel sehr daran interessiert ist, dass die Arbeit fortgeführt wird.

Frau Lürßen geht davon aus, dass der Bedarf an Aufklärungsarbeit nicht zum Jahresende endet. Sie bittet um Auskunft zum Zeitkontingent der Stelle und verweist auf ein mögliches Bundesförderprogramm und regt an, dass von dort Gelder beantragt werden.

Herr Klepatz stimmt Herrn Heereman zu und stellt die Wichtigkeit der Belegbarkeit der Arbeit hervor, da es sich um ein durch Steuermittel gefördertes Programm handelt.

Frau Focke teilt mit, dass bei der ersten Impfkation in Marßel ungefähr 350 Personen erreicht wurden, viele davon wurden durch Aufklärungsgespräche im Quartier erreicht. Konkrete Zahlen, zu konkreten Impfungen durch die Aufklärungsarbeit, kann Frau Focke nicht vorweisen, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Impfquote in den Quartieren mit Betreuung deutlich höher als ohne.

Herr Wächter-Raquet erklärt, dass die Zahlen jedoch auch in Perspektive gesetzt werden müssen. Das von Frau Lürßen angesprochene Förderprogramm ist bekannt und wird auch angestrebt.

Herr Müller findet, dass man sich hierbei nur auf Zahlen beziehen kann, jedoch kann man Gesundheitswerte nicht zwingend in Zahlen bemessen.

Frau Schnaubelt geht davon aus, dass die Aufklärungsarbeit auch ein Katalysator für die Quartiere sein könnte.

Herr Heereman stellt klar, dass es nicht nur um Zahlen geht, aber eine Überprüfung der Zahlen auch eine Qualitätsüberprüfung ist. Es geht um eine Entwicklungsabbildung und um einen Überblick für den Beirat, wie viel Geld für das Projekt investiert wird. Er bittet um Auskunft, wie viel Geld für das Projekt ausgegeben wird.

Frau Wolter findet, dass die Zahlen bei einer solchen Arbeit nicht auf die Qualität hinweisen.

Herr Rühl stellt die Kosten in Frage. Bei anderen Situationen spielen diese keine Rolle und werden nicht hinterfragt. In diesem Fall geht es um Gesundheit und das sollte berücksichtigt werden. Er verweist auf die Katalysatorwirkung der Gespräche.

Herr Wächter erläutert, dass alle Gesundheitsfachkräfte eine Dokumentation Ihrer Arbeit führen. Zu den Kosten der Impfeinsätze kann er keine Auskunft geben, diese laufen über das Impfzentrum. Eine Zusammenstellung der Kosten für das Projekt sichert er dem Beirat zu. Die Gesundheitsfachkräfte erhalten eine Vergütung nach TV-L 9 und eine Koordinierungsstelle erhält Vergütung nach TV-L 13. Die Gesamtkosten liegen ungefähr bei 600.000 €, diese sind hauptsächlich Personalkosten.

Frau Focke ergänzt, dass die Gespräche alle sehr unterschiedlich sind und manchmal auch

sehr langwierig werden, daher ist die Bewertung anhand von Zahlen aus Ihrer Sicht nicht zwingend Zielführend.

Herr Boehlke verliest die Beschlussempfehlung.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und hält es für dringend erforderlich, das Projekt „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“ in Marßel fortzuführen. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2022/2023 entsprechend auszuweisen.

Bei einer nächsten Beiratsbefassung erwartet der Beirat die Vorstellung eines detaillierten Tätigkeitsberichts.

TOP 5: Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- südlich der Hindenburgstraße
- westlich der öffentlichen Parkanlage Ihletal
- nördlich der Bahnlinie Bremen-Burg / Bremen-Vegesack

(Erneute Beteiligung des Beirates als Träger öffentlicher Belange)

Herr Boehlke begrüßt Herrn Koch. Bereits bei der Trägerbeteiligung im letzten Jahr hat der Beirat eine Stellungnahme übermittelt. Die Deputationsvorlage ist den Beiratsmitgliedern im Vorgang zugegangen und eine nochmalige Beteiligung des Beirates ist notwendig.

Herr Koch erklärt, dass sich der Bebauungsplan im Grundsatz nicht geändert hat. Im südlichen Bereich des Plans ist die Fläche nun dem Deichverband und damit dem Wasserschutz zugeordnet statt einer ursprünglichen Grünfläche. Zusätzlich sind es statt 32 Wohneinheiten nun 59 Wohneinheiten. Das Lärmgutachten wurde überarbeitet, demnach ist mit keinen Auswirkungen zu rechnen. Ein erhöhtes Besucheraufkommen wird auch nicht erwartet. Es wären 48 Stellplätze für die Wohneinheiten benötigt, davon werden 44 auf der Fläche geschaffen, die restlichen vier Stellplätze sollen über eine Mobilitätslösung des Investors abgedeckt werden.

Geplant ist, dass Mitte Oktober eine erneute öffentliche Auslegung durchgeführt wird. Zum Januar soll eine Abschlussbefassung in der Deputation stattfinden.

Herr Hornhues hinterfragt, dass nicht mehr öffentliche Stellplätze geschaffen werden, obwohl es mehr Wohneinheiten geben wird.

Frau Wolter stellt das Verhältnis von Stellplätzen zu Wohneinheiten in Frage.

Herr Rühl bittet um Auskunft, welcher Energiestandard bei der Bauweise angesetzt wird.

Frau Schnaubelt bittet um Auskunft, ob die Stellflächen auch außerhalb der Tiefgaragen geschaffen werden könnten.

Herr Koch verweist auf den aktuellen Richtwert von 0.8 Stellplätzen pro Wohneinheit, dieser wurde bei der Planung angesetzt. Es wird davon ausgegangen, dass nicht alle Wohneinheiten ein Kraftfahrzeug besitzen und benötigen. Das ursprüngliche Konzept war, dass die Wohnungen für Familien sind, mit der jetzigen Überarbeitung wird eher in Richtung

von Einzelstehenden geplant. Die Standorte der Stellplätze werden durch den städtebaulichen Vertrag festgesetzt.

Herr Wellbrock ergänzt, dass durch das zuständige Referat für die Sozialquote darum gebeten wurde, dass mehrere kleinere Wohneinheiten geschaffen werden, um diese Quote zu erfüllen.

Herr Heereman äußert Bedenken bezüglich der Stellplätze, da die Wege in Bremen-Nord relativ weit sind und der öffentliche Nahverkehr nicht so attraktiv ist wie in der Innenstadt.

Herr Rühl hält das Vorgehen der Behörde für fragwürdig, dieses erinnert ihn an Planwirtschaft.

Frau Lürßen bittet um Auskunft zu den Wohnungsgrößen.

Herr Wellbrock stellt klar, dass kleinere Wohnungen eindeutig nachgefragt werden. Er schätzt, dass die Wohneinheiten ungefähr 35-60 m² haben werden.

Herr Koch erklärt, dass der Vorwurf der Planwirtschaft hinfällig ist. Der Bedarf an kleineren Wohnungen ist im Referat Wohnungsbau bekannt, daher wurde diese Empfehlung geäußert. Die Sozialquote liegt bei 35%, alles darüber hinaus basiert auf Freiwilligkeit.

Herr Heereman bittet um Aufklärung zur Sozialquote, ob diese an die Wohnfläche oder Wohneinheiten gebunden sind.

Herr Koch erläutert, dass dieses abhängig von den Wohneinheiten ist.

Beschluss (mehrheitlich, bei zwei Nein Stimmen)

Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht zur Kenntnis. In Ergänzung zu seiner Stellungnahme vom 22.09.2020 kritisiert der Beirat, dass weniger Stellplätze als Wohnungen ausgewiesen werden sollen und erwartet eine Anpassung unter Berücksichtigung der realen Situation von Burglesum.

Er weist ferner darauf hin, dass die Stellplätze zwingend in einer Tiefgarage errichtet werden sollen.

TOP 6: Beiratsmittel 2021 – Vergabe der 2. Rate

Herr Boehlke informiert über die aktuelle Budgetlage und weist daraufhin, dass zu den Punkten 29, 31 und 34 Einzelabstimmungen durchgeführt werden sollen.

Anschlag	58.790,42 €
1. Rate (beschlossene Summe)	43.720,65 €
Restmittel (inkl. Rückforderungen)	16.954,30 €
Antragssumme 2. Rate	11.901,10 €

Herr Hornhues stellt die Anträge kurz vor.

Lfd. Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragssumme	Vorschlag Bewilligung
29	Friedehorst gGmbH	Baumpflegearbeiten Friedehorst Park	2.000,00	2.000,00
30	Hennemann, Edeltraut	Präsentation intern. Vielfalt der Kunst-Mail Art	2.500,00	2.500,00
31	Kefi e.V.	Ausstattung und Inbetriebnahme einer Kinderküche	2.307,10	2.307,10
32	E.L.F. Erstes Lesumer Fernsehen e.V.	Erweiterung der Kameratechnik	794,00	794,00
33	Blindengarten Bremen e.V.	Erneuerung von abgängigen Palisaden durch eine Trockenmauer	2.500,00	2.500,00
34	SG Marßel	DiA-Burglesum Beschaffung von 10 Tablets	1.800,00	1.800,00

Herr Rühl bemängelt die Kosten bei Punkt 29, diese Projektkosten sind unverhältnismäßig.

Der Beirat stimmt über die Vergabe der Globalmittel der zweiten Rate wie folgt ab:

Die Anträge 29, 30, 32, 33 werden en Bloc abgestimmt. Diese werden einstimmig angenommen.

Antrag 31 wird bei 1 Enthaltung, 2 Nein und 1 Enthaltung wegen Befangenheit angenommen.

Antrag 34 wird einstimmig bei 1 Enthaltung wegen Befangenheit angenommen.

Der Beirat befähigt den Sprecherausschuss die Restmittel der Globalmittel zu vergeben.

TOP 7: Stellungnahme des Beirates im Rahmen der Anhörung zum Entwurf eines Mobilitätsortsgesetzes für die Stadtgemeinde Bremen

Herr Boehlike erklärt, dass der Entwurf maßgeblich von Herrn Hornhues stammt und dieser im Sprecherausschuss bereits erörtert wurde und dabei einige Anregungen eingeflossen sind.

Herr Hornhues erläutert, dass die Rahmenbedingungen bei Stellplätzen häufig nicht der Realität entsprechen. Gerade der Punkt der Auslöse kritisiert der Beirat. Auch in Hinblick auf die Stellplätze bei Schulen ist eine Bemessung anhand der Zahl von Schülern und Schülerinnen nicht zielführend.

Diskussion zur Formulierung der Stellungnahme

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt zum Entwurf eines Mobilitätsortsgesetzes für die Stadtgemeinde Bremen wie folgt Stellung:

Der Beirat Burglesum äußert seine grundsätzliche Kritik, dass Stellplatzforderungen in unserem Bereich reduziert werden. Er sieht die schon jetzt erkennbare Gefahr eines Verdrängungswettbewerbs des Parkens der tatsächlich vorhandenen Fahrzeuge in den öffentlichen Raum. Hier kommt es dann zu Verkehrsbehinderungen (Beispiel Lesum Park) sowie nachbarschaftlichen Streitigkeiten.

Der Beirat Burglesum fordert eine Klarstellung, dass die Möglichkeit durch Beiräte besteht, die mögliche finanzielle Ablöse von Stellplätzen grundsätzlich auszuschließen. Auch das Ablösen von Stellplätzen wirkt sich unmittelbar in den öffentlichen Verkehrsraum aus, entsprechend sieht der Beirat eine enge Verknüpfung zum Entscheidungsrecht nach § 10, Absatz 1, Nr. 3 BeirOG mit entsprechenden Auswirkungen.

Der Beirat Burglesum fordert die Abstandsregelungen aus § 9 auch auf öffentliche Einrichtungen etc. auszuweiten.

Der Beirat Burglesum beantragt, in der Anlage 2 die Stellplatzforderungen an Grundschulen und Schulen des SEK I Bereichs und Kitas umzustellen. Statt auf die Zahl der Kinder bzw. Schüler abzustellen, sind die Stellplätze in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten zu berechnen. Hier wird das Verhältnis ein Stellplatz zu zwei Beschäftigten vorgeschlagen.

Schulen des Sekundarbereichs II benötigen eine ergänzende Betrachtung der Bedarfe von Schülern.

TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Herr Boehlke informiert darüber, dass ab dem 04.10.2021 die neue Kontaktpolizistin Ihren Dienst in Marßel antritt.

Voraussichtlich am 07.10.2021 wird der Impftruck nach Marßel kommen.

Der Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung tagt am 14.10.2021, die nächste Sitzung für den Ausschuss für Kinder und Bildung ist für den 28.10.2021 terminiert.

TOP 9: Mitteilungen des Beiratssprechers

Keine

TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Herr Heereman bittet das Ortsamt darum, dass die Zahlen von Frau Neumann zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Herr Rühl bittet darum, dass die Gefahrenstelle an der Stader Landstraße auf Höhe der Lloyd Villa überprüft wird und die Gefährdung beseitigt wird.

Ende der Sitzung um 22:20 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Backhaus
Protokoll